

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Bucher, Ing. Westenthaler, Windholz, Ing. Lugar
Kolleginnen und Kollegen

**betreffend Modifizierungen des „Bankenrettungspaketes“ in Hinblick auf
Fremdwährungskredite**

*eingebraucht in der Sitzung des Nationalrates am 22.01.2009 im Zuge der Debatte zum
Tagesordnungspunkt 4:*

*Bericht des Budgetausschusses über den Antrag 314/A der Abgeordneten Jakob Auer, Kai Jan
Krainer, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem eine vorläufige Vorsorge für
das Finanzjahr 2009 getroffen wird (Gesetzliches Budgetprovisorium 2009) (35 d.B.)*

Mit dem vom Nationalrat beschlossenen „Bankenrettungspaket“ wurde eine staatliche Hilfsmaßnahme
in einem Gesamtumfang von 90 Milliarden Euro für Banken und Versicherungen geschnürt, was zur
Stabilisierung des Finanzmarktes und zur Sicherung des österreichischen Wohlstandes notwendig war.

Im Rahmen der Vorverhandlungen des Bankenpaketes vertrat das BZÖ vehement die Ansicht, dass die
Begünstigungen nur unter strengen Auflagen und Bedingungen gewährt werden dürfen und
präsentierte einen Abänderungsantrag, dessen Inhalt größtenteils in die §§ 2 Abs. 5
Finanzmarktstabilitätsgesetz und § 1 Abs. 4 Interbankmarktstärkungsgesetz Eingang gefunden hat.
Rechtstechnisch wurde der Weg über eine Verordnungsermächtigung gewählt, um ein konkretes
Regelwerk für die Inanspruchnahme von Begünstigungen zu erreichen. Die Regelungen der
Verordnungsermächtigung sollten dazu dienen, einem verantwortungsvollen und objektiven
Verordnungsgeber gewisse Zielvorgaben zu geben.

Die Idee zur Bindung der Begünstigungen an bestimmte Anforderung basierte insbesondere auf dem
Gedanken, dass die Banken einen erheblichen Beitrag zur aktuellen Situation der Märkte geleistet
haben und daher eine gewisse Mitverantwortung tragen, so dass sie umgekehrt bei Inanspruchnahme
von staatlichen Begünstigungen auch gewisse Gegenleistungen und -pflichten erfüllen müssen. Zu
bedenken ist auch, dass im Haftungsfalle letztlich Steuergelder und somit das Geld der Bürgerinnen
und Bürger betroffen ist. Sicherzustellen ist daher, dass die Steuergelder treuhänderisch ausreichend
geschützt werden.

Aktuell häufen sich Meldungen über Fremdwährungskredite, in denen Banken von Kreditnehmern
aufgrund der veränderten Bedingungen im Zuge der Finanzkrise „neue“ Sicherheiten verlangen.
Zudem wird in diesem Zusammenhang davon gesprochen, dass „Zwangskonvertierungen“ erfolgen.
Bedenklich erscheint insoweit, dass mit derartigen Maßnahmen der Banken existenzielle Folgen für
die Kreditnehmer verbunden sein können, diese aber keine staatlichen Rettungsanker in der Art eines
Bankenrettungspaketes zur Verfügung haben. Weiters profitieren die Banken von der Zwangslage der
Betroffenen, indem „Umstellungs-Provisionen“ fällig werden und die Kreditzinsen nach Umstellung
auf Eurokredite höher sind. Aufgrund dieser Tatsachen erscheint es angemessen, von den Banken
Verantwortung auch im Bereich der Fremdwährungskredite einzufordern, soweit sie sich selber in der
Lage als Forderungssteller befinden. Daher sind im Rahmen der Verordnungsermächtigungen der §§ 1
Abs. 4 Interbankmarktstärkungsgesetz und 2 Abs. 5 Finanzmarktstabilitätsgesetz Regelungen
einzufügen, mit denen Banken verpflichtet werden können, bei Innanspruchnahme von Leistungen im
Sinne der vorgenannten Gesetze im Bereich von Fremdwährungskrediten in zeitlicher Hinsicht
zurückhaltend bei der Durchsetzung bestimmter Vertragsvereinbarungen (z.B. Rechte auf zusätzliche
Sicherheiten oder Zwangskonvertierungen) agieren zu müssen, soweit derartige Regelungen im Zuge
der Finanzkrise schlagend geworden sind.

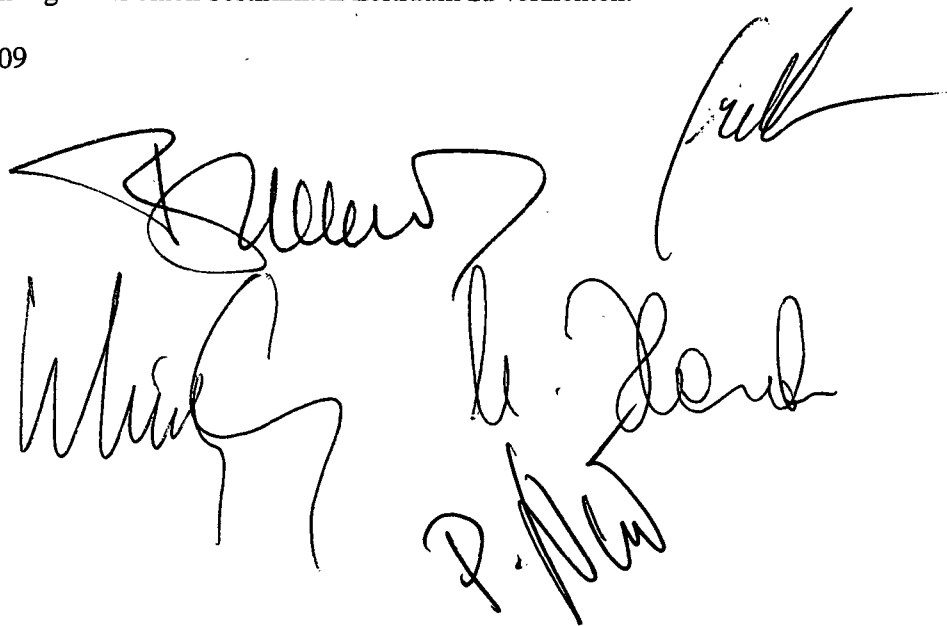
Aus den genannten Gründen stellen die unterfertigten Abgeordneten nachstehenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Das Bundesministerium für Finanzen wird ersucht, einen Gesetzesentwurf vorzulegen, durch den das Bankenrettungspaket um Regelungen ergänzt wird, durch die Banken im Falle der Inanspruchnahme von Staatshilfen im Gegenzug verpflichtet werden können, im Bereich von Fremdwährungskrediten auf die Durchsetzung bestimmter Vertragsvereinbarungen wie Zwangskonvertierungen oder Sicherungserhöhungen für einen bestimmten Zeitraum zu verzichten.“

Wien, 22.01.2009

The block contains five handwritten signatures in black ink. The signatures are arranged in a cluster, with some overlapping. The names are not legible due to the cursive style.